



Zwangsumzug

Nach Rechtsruck in Brasilien emigriert: Linker Abgeordneter Jean Wyllys lässt sich in Berlin nieder

3

Zweckehe

Konzerne sponsern Ministerien und andere staatliche Institutionen im In- und Ausland

4

Zwischenbilanz

Trump versucht, US-Wirtschaft mittels Zöllen zu schützen, und hat vor allem China im Visier

12

Zwielicht

Britannien: Rechte schlachtet allgemeine Politikverdrossenheit nach »Brexit«-Votum aus

15



Trump in Siegerlaune

US-Präsident verschärft Ton gegen Caracas und entsendet Flugzeugträger. Hilfe für Venezuela aus befreundeten Ländern. **Von Volker Hermsdorf**

»Respekt für Venezuela«: Demonstration gegen die US-Aggression in Südamerika (Buenos Aires, 18.2.2019)

Donald Trump eskaliert weiter: »Die Tage des Sozialismus und Kommunismus sind gezählt«, erklärte er am Montag (Ortszeit) vor reaktionären Exilvenezolanern in Miami. Zugleich warnte er die Armeemilitärs des Landes vor »schweren Konsequenzen«. Sie hätten nur noch die Chance »auf ein friedliches Leben mit ihren Familien«, wenn sie sich hinter den Oppositionspolitiker Juan Guaidó stellten, sagte der US-Präsident. Trump forderte das Militär dazu auf, die vorwiegend aus den USA stammenden »Hilfsgüter« ins Land zu lassen. Die Regierung in Caracas verweigert deren Einfuhr und sieht darin einen Vorwand für eine Militärintervention.

Die Antwort folgte prompt. Trump habe in Miami eine Rede »im Nazistil« gehalten, erklärte Venezuelas Staatschef Nicolás Maduro am Montagabend. »Die USA halten sich für die Herren der Welt. Sie wollen uns wieder

ihr Kolonialmodell aufzwingen, politische Alternativen verbieten und überall das Denken der Rassisten im Weißen Haus durchsetzen«, sagte er.

Maduro warf Washington vor, die Krise anzuhetzen. Im Vergleich zu den Verlusten durch die US-Wirtschaftsblockade und den Milliarden von US-Dollar, die Washington an venezolanischen Vermögenswerten eingefroren habe, seien die in Kolumbien gelagerten »Hilfsgüter« nur »ein Krümel«. Dennoch will Putschistenführer Guaidó sie am Sonntag »so oder so« ins Land bringen.

Er werde »Hunderttausende Anhänger mobilisieren«, um den USAID-Paketen einen Weg zu bahnen, kündigte Guaidó an. Zu seiner Unterstützung stand am Sonntag unter anderem der ultrarechte US-Senator Marco Rubio und der Kongressabgeordnete Mario Díaz-Balart in die von Armut geprägte Grenzstadt Cúcuta gereist.

Die kubanische Tageszeitung *Granma* erinnerte am selben Tag daran, dass im weiter nördlich gelegenen kolumbianischen Bezirk La Guajira in den letzten acht Jahren mehr als 4.700 Kinder an Unterernährung gestorben seien, ohne dass die USA »humanitäre Hilfe« dorthin geschickt hätten. Nach Angaben Maduros erwartet Venezuela am Mittwoch eine Sendung mit 300 Tonnen Hilfsgütern und Medikamenten aus Russland, China, der Türkei, anderen Ländern und der UNO, die »legal« eingeführt würden.

Im Vorfeld der angekündigten »humanitären Aktion« ziehen die USA den militärischen Ring um Venezuela enger. Wie das US-Nachrichtensmagazin *Washington Examiner* berichtet, wird ein Flottenverband der US-Kriegsmarine ins Karibische Meer verlegt. Unter anderem hätten der mit 85 Kampffjets bestückte Flugzeugträger »USS Abraham Lincoln«, der mit

Marschflugkörpern bewaffnete Lenkflugkörper »USS Leye Gulf« sowie vier Zerstörer Kurs auf die kolumbianisch-venezolanische Küste genommen.

Die kubanische Regierung hatte bereits in der vorigen Woche vor einer Konzentration von US-Spezialtruppen in der Karibik gewarnt. Die Transporte seien von US-Stützpunkten aus gestartet, von denen Einheiten für verdeckte Aktionen gegen die Regierungen anderer Länder operierten, enthüllte die Regierung in Havanna.

In Venezuela organisieren Künstler indessen für den 22. und 23. Februar ein großes »Konzert für den Frieden und das Leben«. Die Veranstaltung werde auf der Brücke Simón Bolívar zwischen der venezolanischen Stadt San Antonio und dem kolumbianischen Cúcuta stattfinden, erklärte Kommunikationsminister Jorge Rodríguez am Montag.

38 Afghanen von BRD per Flugzeug abgeschoben



Kabul. In der afghanischen Hauptstadt Kabul ist ein weiterer Abschiebeflug aus der Bundesrepublik eingetroffen. An Bord der in Frankfurt am Main gestarteten Maschine waren 38 abgelehnte Asylbewerber, wie Beamte am Flughafen am Dienstag mitteilten. Es war die 21. Sammelabschiebung seit dem ersten Flug im Dezember 2016. Damit haben Bund und Länder 512 Männer nach Afghanistan zurückgebracht, wo der Krieg gegen die aufständischen Taliban und die Dschihadistenmiliz »Islamischer Staat« (IS) weiterhin andauert. Sieben Bundesländer hatten abgeschoben, aus Sicht des BMI sei das »nicht zufriedenstellend«, heißt es in der Mitteilung weiter. Lediglich Bayern und Sachsen-Anhalt hätten von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, auch Personen anzumelden, bei denen es sich nicht um Straftäter, »Gefährder« oder sogenannte Identitätstäuscher handelte. (dpa/jW)

Bundesrepublik mit Leistungsbilanz-Plus

Berlin. Deutschland hat dem Ifo-Institut zufolge 2018 erneut weltweit den größten Überschuss in der Leistungsbilanz erzielt. Die Leistungsbilanz umfasst alle Ausgaben und Einnahmen einer Volkswirtschaft, darunter auch die Importe und Exporte. Mit umgerechnet 294 Milliarden Dollar (260 Milliarden Euro) ist er größer ausgefallen als der von Japan und Russland zusammen, die mit einem Plus von 173 Milliarden beziehungsweise 116 Milliarden Dollar auf den Rängen zwei und drei folgen. Die Exporte der BRD übertrafen die Importe um rund 228 Milliarden Euro. Anders als in den Vorjahren findet sich China 2018 nicht mehr unter den ersten drei Ländern mit den höchsten Überschüssen wieder. Der niedrigere Warenüberschuss der Volksrepublik habe sich aber weniger aus den Handelsstreitigkeiten mit den USA ergeben, sondern aus verstärkten Importen von Maschinen. (Reuters/jW)

Honda schließt britisches Werk

Japanischer Autobauer schockt Politik, Zulieferer und 3.500 Beschäftigte

Der Autobauer Honda schließt sein Werk in Großbritannien. Das gab der Konzern am Dienstag bekannt. Es ist die einzige Fertigungsstätte des japanischen Konzerns in der EU. Die Fabrik mit 3.500 Beschäftigten soll 2021 die Arbeit einstellen.

Der am 29. März anstehende EU-Austritt Großbritanniens sei nicht der Grund für die Entscheidung, hieß es. Es gehe um eine Umstrukturierung des globalen Fertigungsnetzwerkes, um sich verstärkt auf Elektroautos zu konzentrieren. »Wir haben

den Brexit immer als etwas betrachtet, was wir überstehen werden«, sagte der Vizepräsident von Honda Europa, Ian Howells, dem Sender *BBC*. Man müsse jetzt auf die weltweiten Entwicklungen in der Automobilbranche reagieren.

Das Werk im englischen Swindon produziert jährlich etwa 150.000 Fahrzeuge, darunter das Modell Civic. Die Fabrik steht damit für rund zehn Prozent der gesamten Automobilproduktion Großbritanniens. Wirtschaftsminister Greg Clark sprach von einer »katastrophalen Entscheidung«.

Es sei ein heftiger Schlag für Tausende von Mitarbeitern, deren Familien und auch für die Zulieferer.

Honda ist damit ein weiteres japanisches Unternehmen, das seine Geschäfte in Großbritannien zurückfährt. Nissan hatte kürzlich mitgeteilt, die nächste Generation seines SUV-Modells X-Trail für den europäischen Markt werde in Japan statt in England gebaut. Man wolle die Produktion des Modells im Werk in Kyushu zusammenführen. Toyota, Japans Nummer eins der Branche, erklärte auf Anfrage, keine Pläne zur

Änderung seiner Geschäfte in Großbritannien zu verfolgen. Der Konzern bezieht Teile zur Fertigung in Derbyshire vom Festland. Ein No-Deal-Brexit könnte die Produktion am britischen Toyota-Standort erschweren.

Die Entscheidung zur Schließung des Honda-Werkes erfolgt kurz nach Inkrafttreten eines Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und Japan. Konzerne wie Honda werden davon profitieren, da die Zölle von zehn Prozent auf Autos, die aus Japan importiert werden, ab dem Jahr 2027 entfallen. (dpa/jW)

jW wird herausgegeben von 2.161 Genossinnen und Genossen (Stand 24.1.2019)
www.jungewelt.de/lpg

